



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 0 - V - 0 6 - 0 0 1 0  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

Freigabe Haushaltsmittel für Digitalisierung und Modernisierung im Dezernat VI

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent

Manjura

Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

\_\_\_\_\_  
 Imholz  
 Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 2.312.854,46  
 in %: -0,70

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020		1.250.000	0	1.250.000	104501	670100	51 Projekt Arbeit neu denken
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				1.250.000	0	1.250.000			

	x	2021		2.500.000	2.500.000	0	104501	670100	51 Projekt Arbeit neu denken
<b>Summe Folgekosten:</b>				2.500.000	2.500.000	0			

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Das Dezernat VI hat das Projekt „Arbeit neu denken“ initialisiert, um den anstehenden Herausforderungen im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeitswelt sowie zur Verbesserung der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetz (OZG) zu begegnen. Zur Realisierung wurden im Haushalt Mittel eingestellt, für die nun eine Freigabe benötigt wird.

### Anlagen:

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1. die (Arbeits-)Welt immer digitaler wird und sich im Wandel befindet. Insbesondere die Corona-Pandemie hat uns erneut als Verwaltung aufgezeigt, welche Herausforderungen wir zu bewältigen haben; jedoch auch gleichzeitig motiviert, neue Wege zu gehen.
  - 1.2. das Dezernat VI bereits im Jahr 2019 das Projekt „Arbeit neu denken“ initiiert hat, um die anstehenden Herausforderungen im Sinne der Mitarbeitenden und Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen.
  - 1.3. das Projekt die Komplexität und die Kohärenz zwischen der Digitalisierung und Automatisierung der Verwaltungsprozesse, der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und der Modernisierung der Zugänge zu Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und abbildet.
  - 1.4. bereits im Jahr 2019 eine dreimonatige Laborphase zur Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen erfolgreich und eine Mitarbeitendenbeteiligung in Form einer Zukunftswerkstatt durchgeführt wurde
  - 1.5. zahlreiche Maßnahmen geplant und in Vorbereitung sind, für die im Zuge der HHplanaufstellung 2020/2021 im Jahr 2020 Mittel in Höhe von 1.250.000 € und für das Jahr 2021 Mittel in Höhe von 2.500.000 € im Budget Dez. VI/51 bereitgestellt wurden,
  - 1.6. laut Kämmererverfügung vom 18.03.2020 neue Maßnahmen bis auf weiteres nicht begonnen werden dürfen und die Freigabe der Mittel für neue Maßnahmen als Sitzungsvorlage einzubringen ist.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1. die Mittel zur Umsetzung des Projektes „Arbeit neu denken“ in Höhe von 1.250.000€ für 2020 in voller Höhe freigeben werden. Die Mitteln dürfen mit Beschluss des Magistrats und vorab der Zustimmung der STVV schon gebunden werden, um so zeitliche Verzögerungen zu vermeiden.
  - 2.2. der Bedarf in Höhe von 2.500.000 € für das Jahr 2021 durch Dezernat VI erneut angemeldet wird und die Eingabevorgaben um diesen Betrag erhöht werden.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

#### **Anlass und Hintergrund des Projektes „Arbeit neu denken“**

Der gesellschaftliche Wandel weckt gemäß moderner Lebensweisen Erwartungen nach mehr Flexibilität. Hieraus ergeben sich steigende Anforderungen an einen attraktiven Arbeitgeber und Dienstleister. Hinzu kommen Herausforderungen wie ein spürbarer Fachkräftemangel und der demografische Wandel. Im Dezernat für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration stehen wir vor der wichtigen Aufgabe, sämtliche Prozesse bedarfsgerecht und zukunftsfähig zu gestalten. Das Dezernat VI, bestehend aus drei Fachämtern, beschäftigt rund 1.900 Mitarbeitende und ist in besonderem Maße von den Herausforderungen betroffen.

Auf Initiative des Dezernenten wurde daher im März 2019 das amtsübergreifende Dezernatsprojekt „Arbeit neu denken“ gestartet. Dieses hat zum Ziel, die Ämter des Dezernates VI bei der Etablierung von innovativen (Gegen-)Maßnahmen und der Umsetzung von Digitalisierungsinitiativen zur Steigerung der Arbeitgeber- und Dienstleisterattraktivität zu unterstützen und hierbei Synergien zu schaffen. Es gilt, bewährte Verfahren weiter zu entwickeln und mit den Lebensrealitäten des Kollegiums, der Bürgerschaft und den gesetzlichen Anforderungen zu verbinden.

### **Teilprojekt 1: Digitalisierung der Verwaltungsarbeit**

Teil 1 bezieht sich auf *Digitalisierung der Verwaltungsarbeit* und ist langfristig angelegt. Letztlich arbeiten wir auf eine umfangreiche Entlastung der Mitarbeitenden und einen Mehrwert des künftigen Arbeitsalltags hin. Dies kann z.B. bedeuten:

- Alle Mitarbeitenden haben mehr Zeit für wesentliche Aufgaben. Routinebehaftete Tätigkeiten (z.B. Druck / Versand von Leistungsanträgen) werden automatisiert
- Langwierige Bearbeitungsprozesse werden auf die wesentlichen Verfahrensschritte reduziert
- Der Ausbau von Homeoffice-Möglichkeiten, wo es der Dienstbetrieb zulässt

Während einer mehrwöchigen Konzeptwerkstatt wurde von „Praktikern“ benannter Ämter eine Auswahl von Muster-Prozessen getroffen, deren Digitalisierung / (Teil-) Automatisierung in einer Laborphase erprobt wurde. Herzstück war eine eigenständige, „maßgeschneiderte“ Prozess-Steuerungs-Anwendung. Diese steuert Dokumente durch den Bearbeitungsprozess, ruft erforderliche Systemkomponenten auf und führt die Ergebnisse zusammen. Nach erfolgreicher Laborphase werden nun gemeinsam mit den „Praktikern“ die Ergebnisse ausgewertet und eine Pilotierung innerhalb einer Organisationseinheit vorbereitet.

### **Teilprojekt 2: Mitarbeiterbindung, -gewinnung und Personalentwicklung**

Es fällt zunehmend schwerer, Personal zu gewinnen und dauerhaft zu binden.

Neben Digitalisierung und Automatisierung interner Arbeitsschritte spielen Themen wie (digitale) Personalakquise, -bindung (inkl. Onboarding-Prozesse) und -entwicklung (inkl. Wissensmanagement), aber auch eine moderne Arbeitsumgebung eine herausragende Rolle. Entsprechende Maßnahmen sollen unter Einbeziehung der Belegschaft erarbeitet werden. Etabliert werden soll ein interner Maßnahmenkatalog, um die Arbeitgeberattraktivität zeitgemäß zu erhöhen. Bestehende Standards sind auf Aktualität/Angemessenheit zu überprüfen. Dabei gilt es, Verfahren und Maßnahmen mit den Ansprüchen der (zukünftigen) Kolleginnen und Kollegen zu verbinden.

Die „Zukunftswerkstatt“ war der Startschuss zur Umsetzung des zweiten Teilprojekts. Gemeinsam wurden Ideen entwickelt, um bei Personalbindung und -entwicklung analog sowie digital besser zu werden.

### **Teilprojekt 3: moderner Zugang für Bürgerinnen und Bürgern im digitalen Zeitalter**

Auch die Bürgerschaft ist einzubinden, wenn es um digitale Zugangswege/ Beratung geht. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) sieht vor, Dienstleistungen bis Ende 2022 digital anzubieten. Neue Begegnungsräume werden den Menschen auf unterschiedlichen Kanälen angeboten. Hierüber können sie „ihre“ Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Für neue Formen der Antragstellung und Beratung müssen jedoch Faktoren wie Lebensalter, Sprach- und Medienkompetenz der „User“ berücksichtigt werden.

Die drei Teilprojekte sind gleichermaßen gewichtet, wobei Teil 1 auch die technischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Teil 2 und 3 schaffen wird. Teilprojekt 1 wurde Anfang Mai 2019 gestartet, Teil 2 begann mit der „Zukunftswerkstatt“ am 28.11.2019 und Teil 3 wird bei allen Entwicklungen parallel berücksichtigt.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung,*

*Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

Der demographische Wandel und der mit ihm einhergehende Fachkräftemangel sowie die erhöhte Fluktuation auf Grund des verstärkten Wettkampfes um gute Fachkräfte sind bereits jetzt im öffentlichen Dienst deutlich spürbar. Bundesweit können derzeit bei Kommunen, Länder und Bund rund 185.000 Stellen nicht besetzt werden. Die bereits bestehenden Herausforderungen werden sich noch weiter verschärfen: Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung werden in der kommenden Dekade deutschlandweit mehr als die Hälfte aller qualifizierten Arbeitskräfte in den Ruhestand verabschiedet. Mit zahlreichen Renten- und Pensionseintritten geht ohne entsprechende Gegenmaßnahmen nicht nur ein enormer Wissensverlust einher, der momentan selbst unter optimalen Bedingungen der Nachbesetzung, bspw. durch zeitweise überlappende Einstellungen, das über Jahrzehnte aufgebaute Wissen nur an einen begrenzten Personenkreis weitergeben kann, sondern stellt auch eine besondere Herausforderung für die Akquise neuer Mitarbeitenden, deren Bindung und Personalentwicklung dar. Diese Situation ist insbesondere in Wiesbaden von besonderer Bedeutung, da hier die LHW mit großen Bundes- und Landesbehörden um dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkurriert.

Die zu entwickelnden und umzusetzenden Maßnahmen sollen dabei nicht in Konkurrenz zu dezernatsübergreifenden Maßnahmen (bspw. des Personalamtes) stehen. Vielmehr geht es um eine sinnvolle Ergänzung von Maßnahmen bzw. die Nutzung von Synergien, die die drei Ämter mit Unterstützung des Dezernates eigenverantwortlich anstoßen und im Sinne der Mitarbeitenden und der Bürgerinnen und Bürger verändern können.

### **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

Die Etablierung von digitalen Dienstleistungen, die zeit- & ortsunabhängig in Anspruch genommen werden können, kommt den Anforderungen mobilitätseingeschränkter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

### **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

### **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 07. 2020

51.4 dezentrale  
Steuerungsunterstützung  
(4261/bu)

Manjura  
Stadtrat